



# 17,3 Prozent Ungerechtigkeit

**GLEICHBERECHTIGUNG:** Am 11. April ist „Equal Pay Day“ – Lohnschere zwischen Frau und Mann bleibt groß

**BOZEN** (tek). Frauen verdienen im Landesdurchschnitt 17,3 Prozent weniger als Männer. Am 11. April, dem „Equal Pay Day“, wird mit einer Sensibilisierungsaktion daran erinnert. „Wir wollen die Entgeltdiskriminierung beenden und Gleichheit schaffen“, so Ulrike Oberhammer, Präsidentin des Landesbeirats für Chancengleichheit, bei der Vorstellung der Initiative.

Seit 2010 werden in Südtirol zum „Equal Pay Day“ rote Taschen verteilt. „Bei einer solchen Aktion hatten sich am Bozner Waltherplatz auch Frauen aus Norwegen eine Tasche geholt. ‚Zum Glück gibt es das bei uns nicht mehr‘, sagten die Norwegerinnen und meinten damit, dass in ihrem Heimatland die Ungleichbehandlung der Vergangenheit angehört.“ Diese Anekdote erzählte Ulrike Oberhammer, Präsidentin des Landesbeirats für Chancengleichheit, am Freitag. Und am 11. April ist es wieder so weit, vielerorts werden die roten Taschen mit Finanzplan und Flyern ausgehändigt. In Bozen soll zudem um 10 Uhr ein „Flashmob“ stattfinden. „Dieses The-



Rote Taschen mit der Aufschrift „equal pay“, also gleiche Bezahlung, werden am 11. April landesweit verteilt.

DLife

ma darf nicht vergessen werden“, sagte Oberhammer. Laut AFI-Forscherin Maria-Elena Iarossi verdienen Männer im Privatsektor (in Vollzeit) im Jahr 2023 17,3 Prozent mehr als Frauen (eine Zunahme von 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Letztere investieren ab 30 Jahren mehr Zeit in Hausarbeiten als in die Berufstätigkeit. „Die Lohnschere ist nach wie vor da“, sagte Kompatscher. Umso wichtiger sei es, die Hausarbeit fairer aufzuteilen, „weil das Private ist politisch“. „Geld stinkt nicht, sondern macht unabhängig“, ergänzte Nadia Mazzardis, Vizepräsidentin des Landesbeirats für Chan-

cengleichheit. Für „norwegische Verhältnisse“ in Südtirol braucht es eine kulturelle Änderung und mehr Respekt und Wertschätzung für Frauen. „Es braucht faire Entgelte, faire Gehälter, aber vor allem faire Pensionen“, sagte Oberhammer. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei ein wichtiges Thema, „es braucht viel mehr Männer, die daheim ihren Part übernehmen“. Schließlich heiße es Hausarbeit und nicht Hausfreizeit. Druck erzeugt auch die Europäische Union (EU): Bis 2026 muss die EU-Richtlinie zur Entgelttransparenz in staatliches Recht umgesetzt werden. „Sie sieht Transpa-

renz nicht nur bei Löhnen, sondern bei sämtlichen Zahlungen für Arbeitsleistungen vor. Bewerberinnen haben keine Auskunftspflicht, ihrem zukünftigen Arbeitgeber zu sagen, was sie vorher verdient haben.“ Die Arbeitgeber müssten nachweisen, dass in ihren Unternehmen keine Diskriminierung vorliegt. „Das ist ein großer Unterschied“, so Oberhammer. Die Richtlinie ist ein weiteres Instrument, um mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen.

© Alle Rechte vorbehalten

